

Augustdorf, 8. November 2021

# Antrag

der Fraktion der SPD

## Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Augustdorf stärken

### Sachdarstellung

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine der Kernaufgaben der Kommunen. Die im vergangenen Jahr befristet eingerichteten Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst wurden in der Sitzung des Rates vom 16. September 2021 (Druck-Sache 0133/2021) bereits bis zum 31.12.2023 verlängert.

### Erfahrungen aus dem aktuellen Modell

Der Rat der Gemeinde Augustdorf hat Ende 2020 die von der Verwaltung beantragten zusätzlichen Beschäftigten im Kommunalen Ordnungsdienst bewilligt. Hierdurch konnten drei weitere Beschäftigte im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung befristet bis Ende 2021 eingestellt werden. In der Beschlussvorlage hieß es: "Die zusätzliche befristete Einstellung [...] wird für den Kommunalen Ordnungsdienst benötigt, um zu testen, ob mit diesem Modell die Vorkommnisse zufriedenstellend einzudämmen sind [...]."

In der Beschlussvorlage der Verwaltung heißt es:

„Durch die Präsenz dieser Beschäftigten konnten in den Einsatzzeiten deutliche Eindämmungen von Trinkgelage, Ruhestörungen, Sachbeschädigungen, usw. erkannt werden. Immer wieder ist zu erkennen, dass die Bevölkerung für diese Einsätze sehr dankbar ist. Es stellt auch eine gewisse Beruhigung und Sicherheit für die Außenwirkung dar.“

Die SPD-Fraktion bittet zeitnah um einen ausführlichen Bericht, wie sich das bisherige Modell ausgewirkt hat. Hierbei soll auch aufgeführt werden, wie sich die Einsatzzeit des KOD verteilt hat. Wünschenswert ist auch ein persönlicher Bericht der Mitarbeiter\*innen des KOD.

### Zukünftige Ausrichtung des Kommunalen Ordnungsdienstes

In der Ratssitzung am 16. September 2021 ist die befristete Weiterbeschäftigung mit den Ordnungskräften beschlossen worden. Hierdurch ist allerdings noch kein Schritt hin zu einer langfristigen Lösung erfolgt.

Es ist zu klären, ob das bisherige Modell mit geringfügig beschäftigten Mitarbeiter\*innen weiter fortgeführt werden soll. Zudem ist zu überlegen, ob in diesem Fall zusätzliche Mitarbeiter\*innen eingestellt werden sollen. Alternativ besteht die Möglichkeit, dass auch hauptamtliche Mitarbeiter\*innen eingestellt werden. Hierbei stellt sich grundlegend die Frage, in welchem Umfang der Außendienst des Ordnungsamtes aktiv werden soll. Während ein Tarifbeschäftigter in Vollzeit 39 Stunden in der Woche zur Verfügung steht, kann eine geringfügig beschäftigte Person in einem gesamten Monat nur rund 39 Stunden eingesetzt werden. Nach den letzten Entwicklungen scheint eine interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Detmold für die Gemeinde Augustdorf eher unattraktiv zu sein.

Auch sieht die SPD-Fraktion weiterhin den Bedarf, die offene Kinder- und Jugendarbeit durch zusätzliche Kapazitäten im Bereich der Sozialarbeit zu unterstützen. Hierdurch könnten Ordnungsamt und Sozialarbeiter\*innen auch gemeinsam auf der Straße präsent sein. Nach den letzten Aussagen des Trägers besteht ein Bedarf an rund 0,25 bis 0,5 zusätzlichen Stellen in diesem Bereich. Wir Sozialdemokrat\*innen sehen in der Prävention und der umfassenden Straßensozialarbeit weiterhin einen entscheidenden Baustein, um Vandalismus und Ruhestörungen zu verhindern.

### Investition in Köpfe, nicht in Kameras

Aus unserer Sicht ist die Investition in zusätzliche Ordnungskräfte und Straßensozialarbeiter\*innen sinnvoller als in eine Videoüberwachung. Unabhängig davon, wie groß der Erfolg einer solchen Maßnahme ist, bietet eine Videoüberwachung auch erhebliche Nachteile.

Sofern die Personen, die Vandalismus und andere Ordnungswidrigkeiten (z. B. Ruhestörung) betreiben, die Kameras entdeckt haben, können diese sich an andere Orte zurückziehen. Folglich müssen neue und zusätzliche Kameras installiert werden. Hierdurch entstehen immer neue Aufwendungen für den Gemeindehaushalt. Die Stadt Lage hat für die Videoüberwachung für jedes Objekt/jeden Platz rund 30.000 bis 40.000 Euro investiert.

Aus unserer Sicht verspricht der Einsatz von Ordnungskräften und Straßensozialarbeiter\*innen mehr Erfolg, als der Einsatz von Kameras.

## **Beschlussvorschlag**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses über die Erfahrungen aus dem Einsatz von zusätzlichen geringfügig beschäftigten Personen im Kommunalen Ordnungsdienst zu berichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Präventionsrat, dem Rat der Gemeinde Augustdorf einen Vorschlag zur weiteren Ausrichtung des kommunalen Ordnungsdienstes vorzulegen. Hierbei sollen insbesondere folgende Möglichkeiten geprüft werden:
  - a. Dauerhafte Fortführung des bisherigen Modells und Einstellung zusätzlicher Beschäftigten auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung.
  - b. Einstellung von hauptamtlichen Ordnungskräften bis zur Entgeltgruppe 6 TvÖD.
  - c. Schaffung einer zusätzlichen 0,25 bis 0,5 Stelle in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Straßensozialarbeit).

Für die SPD-Fraktion

**Daniel Klöpper**  
Fraktionsvorsitzender

**Mats Uffe Schubert**  
stellv. Fraktionsvorsitzender